

Deutsche Rundschau

in Polen

Przegląd Niemiecki w Polsce
früher: Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt
Pommereller Tageblatt

Bezugspreis: Polen und Danzig: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 3,50 zł, mit Zustellgeld 3,80 zł. Bei Postbezug monatl. 3,89 zł, vierteljährlich 1,66 zł., unter Streifenband monatl. 7,50 zł. Deutschland 2,50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr, Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung u.) hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 3594 und 3595.

Anzeigenpreis: Polen und Danzig die einseitige Millimeterzeile 15 gr, die Millimeterzeile im Reklameteil 125 gr. Deutschland 10 bzw. 70 Pf. übriges Ausland 50%, Aufschlag. — Bei Platzvorschrift u. schwierigerem Satz 50%, Aufschlag. — Abstellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. **Postkonten:** Polen 202 157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 88

Bydgoszcz, Dienstag, 18. April 1939 Bromberg

63. Jahrg.

Bermittler ohne Vertrauen.

Roosevelt auf Wilsons Spuren. Note aus Washington an die Achsenmächte.

Aus Washington wird gemeldet:

Präsident Roosevelt hat am Sonnabend an den Führer und Reichkanzler Adolf Hitler sowie an Mussolini eine Botschaft gerichtet, die, wie der Präsident der Vereinigten Staaten erklärt: „Dem Frieden dienen soll“.

Die Botschaft beginnt mit der Feststellung, daß Hunderte von Millionen menschlicher Wesen heute in beständiger Furcht vor einem neuen Kriege, ja sogar vor einer Reihe von Kriegen leben. „Das Bestehen dieser Furcht“, so erklärt Roosevelt, „und die Möglichkeit eines solchen Konfliktes geht auch das Volk der Vereinigten Staaten, dessen Wortführer ich bin, nahe an, und es muß auch die Völker aller anderen Nationen der westlichen Halbkugel angehen. Sie alle wissen, daß jeder größere Krieg, selbst wenn er auf andere Kontinente beschränkt bleiben sollte, sich während seiner Dauer und auch noch während der Lebenszeit mehrerer Generationen nachher schwer für sie auswirken muß.“

Roosevelt fährt dann fort und wendet sich direkt an den Führer:

Angesichts des Umstandes, daß nach der starken Spannung, in der die Welt während der letzten Wochen gelebt hat, jetzt wenigstens eine augenblickliche Milderung eingetreten zu sein scheint, da zur Zeit keine Truppen auf dem Marsch sind, ist dies vielleicht ein günstiger Augenblick, um diese Botschaft an Sie abzuschicken.

Bereits bei einer früheren Gelegenheit habe ich mich an Sie gewandt, im Interesse der Regelung politischer, wirtschaftlicher und sozialer Probleme auf friedlichem Wege und ohne Appell an die Waffen.“

Roosevelt spricht dann von der „immer noch vorhandenen Bedrohung“ und schreibt weiter:

„Ich will es nicht glauben“, betont Roosevelt, „daß die Welt selbst notwendigerweise derartig dem Schicksal ausgeliefert ist. Im Gegenteil, es liegt auf der Hand, daß es in der Macht der Führer großer Nationen liegt, ihre Völker vor dem drohenden Unheil zu retten. Es liegt ebenso auf der Hand, daß die Völker im Herzen selbst den Wunsch haben, ihre Befürchtungen möglichst bald ein Ende nehmen. Leider ist es aber notwendig, die Ereignisse, die sich kürzlich abgespielt haben, in Rechnung zu stellen. Drei Nationen in Europa und eine in Afrika haben ihre unabhängige Existenz eingebüßt. Ein großes Gebiet in einem anderen unabhängigen Lande des Fernen Ostens ist von einem Nachbarstaat befreit worden. (Roosevelt scheint die Einteilung der Erdkugel ebenso schlecht zu kennen wie sein Vorgänger Wilson. — D. R.)

Verichte — wir vertrauen allerdings darauf, daß sie nicht zutreffen — besagen immer wieder, daß gegen noch andere unabhängige Nationen weitere Angriffsakte ermogt werden. Die Welt treibt offensichtlich dem Augenblick zu, wo diese Lage in einer Katastrophe enden muß, wenn nicht ein rationalerer Weg gefunden wird, die Ereignisse zu lenken.“

Deutschlands Friedenswille.

„Sie haben wiederholt versichert, daß Sie und das deutsche Volk den Krieg nicht wünschen. Wenn das zutrifft, so braucht kein Krieg geführt zu werden. Nichts kann die Völker der Erde davon überzeugen, daß irgendeine Regierungsgewalt irgendein Recht oder irgendeinen zwingenden Anlaß hat, auf ihr eigenes oder auf andere Völker die Folgen eines Krieges herabzuziehen, es sei denn im Falle unzweideutiger Selbstverteidigung.“

Ich bin überzeugt, daß die Sache des Weltfriedens sehr gefördert werden würde, wenn den Nationen der Welt eine offene Erklärung

über die gegenwärtige und künftige Politik der Regierungen abgegeben würde. Da die Vereinigten Staaten als eine der Nationen der westlichen Halbkugel nicht unmittelbar in die Streitigkeiten verwickelt sind, die in Europa entstanden sind, glaube ich, daß Sie vielleicht bereit sein werden, mir als dem Oberhaupt einer weit von Europa entfernten Nation eine solche Erklärung über Ihre Politik abzugeben, damit ich, lediglich mit der Verantwortung und Verpflichtung eines freundschaftlichen Vermittlers diese Erklärung an andere Nationen weitergeben kann, die jetzt Befürchtungen haben über die Richtung, die die Politik Ihrer Regierung einschlagen könnte.

Was will Roosevelt wissen?

Sind Sie bereit, die Zusicherung zu geben, daß Ihre Streitkräfte das Staatsgebiet oder die Besitzungen folgender unabhängiger Nationen nicht angreifen und nicht dort eintreten werden: Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Schweden, Norwegen, Dänemark, die Niederlande, Belgien, Großbritannien und Irland, Frankreich, Portugal, Spanien, die Schweiz, Liechtenstein, Luxemburg, Polen, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Rußland, Bul-

garien, Griechenland, Türkei, Irak, Arabien, Syrien, Palästina, Ägypten und Iran?

Eine solche Zusicherung müßte selbstverständlich nicht nur für den heutigen Tag, sondern auch für eine künftige Zeit gelten, die lang genug sein müßte, um ausreichende Gelegenheit dazu zu geben, auf friedlichem Wege an einem dauerhaften Frieden zu arbeiten. Ich schlage deshalb vor, daß Sie das Wort „Zukunft“ so auffassen, daß es einen Mindestzeitraum — 10 Jahre mindestens und wenn wir soweit voraussehen dürfen, ein Vierteljahrhundert — umfaßt, für den eine Nichtangriffszusicherung gegeben wird. Wenn Ihre Regierung eine solche Zusicherung gibt, so will ich sie sofort an die Regierungen der oben aufgeführten Nationen weiterleiten und zugleich auftragen, ob — wie ich wohl mit Sicherheit annehmen kann, jede dieser Nationen auch ihrerseits die gleiche Zusicherung zur Weiterleitung an Sie abgeben will.

Gegenseitige Zusicherungen der geschilderten Art werden der Welt unmittelbar eine gewisse Erleichterung bringen. Ich schlage für den Fall, daß diese Zusicherung gegeben wird, vor, daß in der daraus sich ergebenden friedlichen Atmosphäre

zwei wesentliche Probleme

sofort zu erörtern wären, und die Regierung der Vereinigten Staaten wird an diesen Erörterungen gern teilnehmen. Ich denke dabei an die Erörterung der wirksamsten und schnellsten Art und Weise, wie die Völker der Welt nach und nach von der erdrückenden Last der Rüstungen befreit werden können, die sie täglich näher an die wirtschaftliche Katastrophe herandrängt. Gleichzeitig würde die Regierung der Vereinigten Staaten bereit sein, an Erörterungen über die praktischste Art und Weise der Erschließung internationaler Handelswege teilzunehmen mit dem Zweck, daß

Lustpakt zwischen den Westmächten und Sowjetrußland?

London, 17. April. (DNB) Die Londoner Morgenblätter beschäftigen im Zusammenhang mit den Besprechungen zwischen Lord Halifax und dem Sowjetbotschafter Maisky, daß die Britische Regierung ihrem Vorgesandten in Moskau Vorschläge zugeleitet hat, die dazu dienen, Sowjetrußland enger in die „Friedensfront“ einzubeziehen. Der Britische Vorgesandte in Moskau, so berichtet man übereinstimmend, habe schon am Sonnabend die entsprechenden Vorschläge unterbreitet.

Die allgemeine Annahme geht dahin, daß die Britische Regierung als Vorstufe für ein umfassendes Militärbündnis einen

Lustpakt zwischen England, Frankreich und Sowjetrußland

vorgeschlagen habe. Die Korrespondenten weisen darauf hin, daß die britischen Garantien für Polen und Rumänien derart angelegt seien, daß darin eine Sicherheitsgarantie für die sowjetrussische Westgrenze bestehe.

Bezeichnenderweise erinnern die meisten Blätter im Zusammenhang mit der britischen Initiative an die Unterhausrede Sir John Simons, daß einem Militärbündnis mit Sowjetrußland auf britischer Seite nichts im Wege stehe.

Zu dieser Meldung bemerkt das amtliche „Deutsche Nachrichten-Büro“:

Dem geplanten Pakt steht die Praxis entgegen, aber das alternde England würde sich, unchristlich wie alle bigotten Frömmler, selbst mit dem Satan verbinden, um seine Rolle weiter zu spielen. Möge die greise Dame sich also getrost das Moskauer Rouge auf das ratlose Gesicht malen lassen — das in dem vermeintlichen Schönheitsmittel enthaltene Gift schadet uns ja nicht. Das Empire, dessen Interessen ja bekanntlich kraß den moskowitzischen imperialen wie revolutionären Tendenzen zuwiderlaufen, scheint sich nun sein Grab graben zu wollen. Im übrigen hat die Komintern genannte Schmach unseres Jahrhunderts, welche den Verbündeten Großbritanniens und von London kaltlächelnd seinen Mordern Belassenen, nämlich den Zaren Nikolaus II., viehisch umbrachte, ein neues Tätigkeitsfeld. An Spaniens Stelle tritt England. Vielleicht gefällt das den Engländern, man wird ja aus ihnen nicht mehr flug.

Ein Blick auf die innerlich hohle Betriebsamkeit der Londoner Politik enthüllt ihre blamablen Schwächen. Diese Schwächen wären schon bei einem von London-Paris erträumten, darum utopischen Waffengang sehr riskant, im zweifellos weiterbestehenden Frieden werden sie sich zu verzehrenden Krankheiten auswachen. Die Front der jungen Weltmächte ist dagegen geimpft — wohl dem, der ohne Serum auskommt!

jede Nation der Erde in den Stand gesetzt wird, mit gleichem Recht auf dem Weltmarkt zu kaufen und zu verkaufen und die Sicherheit zu haben, Rohstoffe und Erzeugnisse des friedlichen Wirtschaftslebens zu erlangen. Gleichzeitig könnten diejenigen außeramerikanischen Regierungen, die daran unmittelbar interessiert sind, die politischen Erörterungen führen, die ihnen nötig oder wünschenswert erscheinen.

Die Chefs großer Regierungen sind in dieser Stunde buchstäblich für das Geschick der Menschheit in den nächsten Jahren verantwortlich. Sie müssen die Bitten ihrer Völker hören, die vor dem vorauszu sehenden Chaos des Krieges geküßt sein wollen. Die Geschichte wird diese Staatsmänner zur Rechenschaft ziehen für das Leben und Glück aller, auch der Geringsten. Ich hoffe, Ihre Antwort wird es möglich machen, daß die Menschheit von der Furcht befreit wird und für viele kommenden Jahre wieder Sicherheit ist. Eine entsprechende Botschaft geht an den italienischen Regierungschef.

Franklin D. Roosevelt.“

Hitler lehnt Roosevelts Vorschlag ab!

Aus London läßt sich der „Express“ Folgendes melden:

In der späten Nacht zum Sonntag ist hier aus München die Nachricht eingetroffen, daß Adolf Hitler den Vorschlag Roosevelts abgelehnt habe. Der Führer halte diese Vorschläge nicht als die richtige Grundlage für die Einberufung einer internationalen Konferenz. Bis jetzt sei es noch ungewiß, ob Hitler die ablehnende Antwort Roosevelts direkt übermitteln oder ob er den negativen Standpunkt Deutschlands in einem halbamtlichen Kommentar bekannt geben werde. Seinen Entschluß habe der Führer und Reichskanzler gefaßt, nachdem er sich vorher mit Mussolini, Göring und Ribbentrop in Verbindung gesetzt hatte. Nach dem Eingang des Telegramms von Roosevelt habe sich der Führer zunächst mit Mussolini verständigt. Das Telegramm sprach habe in dem Augenblick statgefunden, als Generalmarschall Göring im Palazzo Venezia weilte. Sodann habe sich der Reichskanzler aus Verästelungen nach München begeben, wo aus Berlin Reichsaussenminister von Ribbentrop eingetroffen war. Nach einer längeren

(Fortsetzung: nächste Seite.)

Die Haltung Polens.

(Sonderbericht

der „Deutschen Rundschau in Polen“.)

Warschau, 17. April.

Die Verhandlungen zwischen England, Frankreich und Sowjetrußland über einen Lustpakt stehen, wie der „Kurjer Warszawski“ aus London meldet, vor dem Abschluß. Das Abkommen zerfällt in zwei Teile: einmal um die Versicherung gegenseitiger Hilfe mit Flugzeugen und zum anderen in ein Abkommen mit Waffen und Munition für bedrohte Staaten, in erster Linie für Rumänien, wobei England und Frankreich die Bezahlung der Beträge für die sowjetrussischen Kriegsmaterial-Lieferungen garantieren würden.

Die Verhandlungen, von denen auch die Polnische Regierung unterrichtet wurde, haben Polen dazu veranlaßt, Vorbehalte geltend zu machen. Offiziell verlautet dazu nichts; jedoch zitieren die polnischen Zeitungen Pressestimmen in diesem Sinne aus London.

Der „Express Poranny“ bemerkt, daß Polen unter keinerlei Vorwand sich mit der Anwesenheit russischer Militärs auf polnischem Boden einverstanden erklären könne. In einem Polniser Telegramm der PNT heißt es: Angesichts des negativen Standpunkts Polens in der Frage der Zusammenarbeit mit den Sowjets, müsse der geplante Lustpakt die Zustimmung Rumaniens erreichen; sonst würde er keine legalen Ansichten haben. Es sei noch nicht bekannt, ob die Rumänische Regierung ihr Einverständnis zur Überfliegung ihres Gebietes durch Sowjetflugzeuge ausgedrückt habe. Ebenso sei die Stellung Rumaniens zu der Frage sowjetrussischer Kriegsmaterial-Lieferungen nicht bekannt.

Die Komintern ist mit Roosevelt und Chamberlain noch nicht zufrieden.

Warschau, 17. April. (Eigene Meldung.) „Express Poranny“, „Kurjer Poranny“ und andere Blätter berichten aus Moskau über eine Ansprache des Kommissars Manuilski, des Stellvertreters Dimitrows in der Komintern. Die revolutionäre Aktion, so erklärte Manuilski, müsse in allen nichtbolschewistischen Staaten, vor allem aber in England, Frankreich und in den Vereinigten Staaten konsequent fortgesetzt werden. Die Sowjetunion sei das Zentrum der internationalen kommunistischen Bewegung und die Komintern ihr Generalfstab. Die Konzeption der Weltrevolution sei heute angesichts der Vertiefung der Gegenläufe zwischen den Großmächten noch aktueller geworden.

ren Beratung mit Ribbentrop und einem abermaligen Telephongespräch mit Rom habe der Reichskanzler den Entschluß gefaßt, den Vorschlag Roosevelt's abzulehnen.

Einer Meldung der amtlichen Polnischen Telegraphen-Agentur aus Berlin zufolge ist der Führer und Reichskanzler Adolf Hitler am Sonnabend nachmittags um 5 Uhr in München eingetroffen, wohin sich auch Reichsaußenminister von Ribbentrop sowie der Reichspressechef Staatssekretär Dr. Dietrich und eine Reihe von anderen führenden Persönlichkeiten begeben hat.

Zu der Botschaft, die Präsident Roosevelt an den Führer und an den Duce gerichtet hat, gibt der offizielle „Deutsche Dienst“ eine erste Antwort, in der es u. a. heißt:

Erst gehen und dann Friedensapostel spielen, das ist die Politik, die uns bei dem Präsidenten der USA nicht das erste Mal begegnet.

Die Vokabeln der neuen Botschaft Roosevelt's sind uns nicht neu. Sie kommen uns im Gegenteil sehr bekannt vor. Das ist die „Verantwortung für die Menschheit“, das ist der berühmte „internationale Konferenztyp“, der den Völkern Gerechtigkeit und Frieden bringen soll.

Roosevelt spielt die Rolle des neuen Wilson konsequent weiter.

Mit einem plumpen Ablenkungsmanöver versucht Roosevelt seine und der Demokratie Einfreisungspolitik zu tarnen und zu verdecken. Da wir aber schon einmal erlebt haben, wohin das Vertrauen in die Botschaft eines amerikanischen Präsidenten führen kann, wird es uns die Welt nicht verdenken, wenn wir solchen politischen Aktionen von jenseits des Ozeans sehr skeptisch gegenübersehen.

Zur sachlichen Seite dieser neuen Roosevelt-Botschaft:

Das deutsche Volk hat erfahren müssen, daß das Verhandeln an internationalen Konferenzen und das Erwarten von Gerechtigkeit im Hinblick auf die Lebensansprüche einer großen Nation zu tragischen Zuständen führen kann. Es hat sich gezeigt, daß die so grundverschiedenen Probleme nicht allein vom juristischen Standpunkt aus erörtert und ausgehandelt werden können.

Die Welt besteht nicht aus ausgeklügelten Systemen, die von ideologischen Regierungen und Menschheitsbeglückern bestimmt werden, sondern sie besteht

aus lebensuntüchtigen und lebensstüchtigen Völkern,

die nicht zum Spielball fremder Interessen werden wollen, sondern ihr Schicksal selber gestalten müssen. Vor allem eins hat der Präsident Roosevelt in seiner Botschaft übersehen, und das ist das Wesentlichste der gegenwärtigen Probleme:

die große weltanschauliche Auseinandersetzung mit den internationalen Kräften der Zerstörung, die die Völker der Erde in ein blutiges Chaos stürzen wollen und die Kräfte der Ordnung in der Welt bedrohen. Es können keine dauernden glücklichen Verhältnisse im zwischenstaatlichen Leben geschaffen werden, solange sich unter staatlichem Schutz die Mächte der Zerstörung und der Unruhe nervergen und konsolidieren können.

Es kann keine neue Ordnung am Konferenztyp geschaffen werden, solange der Bolschewismus als gleichberechtigter Partner im politischen Spiel in der Welt angesehen wird.

Wir müssen es als ein raffiniertes Manöver betrachten, wenn man von uns verlangt, in einer nicht von uns, sondern von den anderen kriegsverhegten Welt Frieden zu schwören.

In einem Augenblick, wo die Staatsmänner der großen Demokratie erklären, daß sie keine ideologischen Gegensätze zwischen sich und dem völkerverheerenden Bolschewismus sehen! Das würde bedeuten, dem Bolschewismus für seine verbrecherischen Pläne und Aktionen Tür und Tor zu öffnen.

Herr Roosevelt hat seine Botschaft an die verkehrte Adresse gerichtet. Das deutsche Volk ist klüger und stärker geworden und deshalb wird sich der Erfolg Wilson's nicht wiederholen.

Die Deutsche Diplomatisch-Politische Korrespondenz hebt hervor, daß die Botschaft Roosevelt's ein Beweis dafür sei, wie entfernt Amerika von Europa liegt und daß sich Roosevelt in europäischen Dingen nicht auskenne. Die Korrespondenz ist der Ansicht, daß Roosevelt mit seiner Botschaft die Absicht verfolgt, bei den südamerikanischen Staaten Mißtrauen gegen die totalitären Länder zu wecken.

Mussolini stellt Bedingungen.

Der römische Korrespondent des „Exchange Telegraph“ erzählt, daß die Botschaft Roosevelt's den Hauptgegenstand der Diskussion gebildet habe, die in der Konferenz Mussolinis und des Außenministers Graf Ciano mit Generalfeldmarschall Göring im Palazzo Venezia stattgefunden habe. Während der Besprechungen habe sich Mussolini zweimal telefonisch mit Adolf Hitler unterhalten. Die italienische Antwort werde am Montag oder Dienstag bekanntgegeben werden. Die italienischen politischen Kreise hätten der Meinung Ausdruck gegeben, daß die Vorschläge Roosevelt's von Italien angenommen werden könnten, jedoch erst nachdem gewisse Bedingungen und in erster Linie nachdem von Frankreich die italienischen Forderungen befriedigt werden würden.

Der Führer beichtigt Truppen in Oesterreich.

St. Pölten, 17. April. (Eigene Meldung.) Der Führer und Oberste Befehlshaber der Wehrmacht hat sich am Sonntag abend nach Oesterreich begeben, um sich vom Ausbildungsstand des dort eingezogenen jüngsten Jahrganges zu überzeugen.

Der Führer traf, von München kommend, in den Morgenstunden des Montag in St. Pölten ein, wo er vom Oberbefehlshaber des Heeres, Generaloberst von Braunschütz und dem Oberbefehlshaber der Heeresgruppe V, General der Infanterie Bist, empfangen wurde. Nach Abschreiten einer Ehrenkompanie begab sich der Führer zum Kavallerie-Regiment 10, wo er in den Vormittagsstunden dem Dienst beimohnte. Der weitere Besuch des Führers gilt Einheiten der Infanterie, Pioniere, Artillerie und Kavallerie in verschiedenen Standorten der Heeresgruppe V und von Teilen des XVII. A. K. und der IV. Leichten Division.

Minister Bed beim Staatspräsidenten.

Der polnische Außenminister Oberst Bed hat sich, wie die Polnische Telegraphen-Agentur mitteilt, am Freitag nach Spala, dem Landitz des Staatsoberhauptes begeben, um dort dem Herrn Staatspräsidenten Professor Mościcki Bericht über die internationale Lage nach seinen Londoner Verhandlungen zu erstatten. Vorher empfing der Außenminister eine ganze Reihe von Botschaftern, darunter die Vertreter von England, Frankreich, Italien, Rumänien und den Vereinigten Staaten von Nordamerika zu den üblichen Besprechungen.

Der Deutsche Botschafter von Moltke ist am Sonnabend in Berlin eingetroffen, wo er bis zum Geburtstag des Führers und Reichskanzlers, d. h. bis zum 20. d. M. bleiben wird. Der Berliner Polnische Botschafter Lipiski hat sich von einem kurzen Ferienaufenthalt in Polen auf seinen Posten zurückbegeben.

Oberst Bed fährt nicht nach Paris?

Warschau, 17. April. (DNB) Unter Bezugnahme auf englische Pressemeldungen wird in Warschauer politischen Kreisen berichtet, daß ihnen von einer bevorstehenden Reise des polnischen Außenministers nach Paris nicht das Geringste bekannt ist.

Die Warschauer Presse zum Roosevelt-Programm.

(Sonderbericht der „Deutschen Rundschau in Polen“)

Warschau, 17. April. Die Sensation des Wochenendes war das Telegramm Roosevelt's an den Führer und an Mussolini. Die gesamte polnische Presse mißt diesem Schritt des amerikanischen Präsidenten große Bedeutung bei; in der Beurteilung dieses politischen Ereignisses ist sie stark von Berichten aus Washington, London und Paris abhängig. Bereits gestern lagen die ersten Nachrichten aus Berlin vor, die klar auf eine ablehnende Haltung hinweisen. Heute steht die Ableh-

Brennpunkt Gibraltar.

Die Telegraf-Agentur „Ezprek“ verbreitet aus Paris folgende Meldung:

Aus den spanischen Städten, die dem britischen Gibraltar-Gebiet benachbart sind, liegen Informationen über eine ungewöhnlich lebende militärische Aktivität vor. „Paris Soir“ berichtet im Zusammenhang damit, daß in der Richtung La Linea große Transporte spanischer Truppen und spanischen Kriegsmaterials abgegangen seien. In erster Linie handelte es sich um Artillerie und Tanks, die begleitet werden von Truppen aus der spanischen Provinz Galizien und aus Nordspanien. Weiter behauptet das Blatt, daß auch in Gibraltar selbst eine fiebrige Aktivität auf englischer Seite zu beobachten sei. Danach bestätigen sich die Nachrichten, daß englische Sappeure große Baracken auf dem aus Gibraltar nach der spanischen Grenzstadt La Linea führenden Wege errichten, welche die ganze neutrale Zone (zwischen dem englischen Gibraltar und dem spanischen La Linea) beherrschen. Die Grenzen von Gibraltar haben einen verstärkten militärischen Schutz erhalten; Tag und Nacht werden Befestigungsarbeiten durchgeführt. In der Nacht zum Sonnabend haben sich der britische und französische Militärattachés in Burgos nach Gibraltar begeben.

Die Kräfte im Mittelmeer sind fast gleich.

Dieselbe Agentur gibt eine vom „Daily Telegraph“ veröffentlichte Vergleichstabelle über die Flottenstärke Englands und Frankreichs einerseits und Italiens und Deutschlands andererseits im Mittelmeer wieder. England und Frankreich haben dort zusammengezogen: Vier Panzerkreuzer zu je 30 000 Tonnen, zwei Panzerkreuzer zu je 22 000 Tonnen, zwei Flugzeugmutter-schiffe, zehn schwere Kreuzer, neun leichte Kreuzer, 64 Torpedobootszerstörer, 8 Torpedoboote, 48 Unterseeboote und 6 Torpedojäger. Italien und Deutschland dagegen verfügen mit Einschluß des deutschen Geschwaders, das sich zu Monrovia in die spanischen Gewässer begeben hat, über: 2 Panzerkreuzer zu je 28 000 Tonnen, 3 Panzerkreuzer zu je 10 000 Tonnen, 7 schwere Kreuzer, 18 leichte Kreuzer, 50 Torpedobootszerstörer, 70 Torpedoboote, 110 Unterseeboote, 50 Torpedojäger.

Diese Tabelle zeigt, wie das englische Blatt hervorhebt, ein Übergewicht der englisch-französischen Flotte in Panzerkreuzern, Flugzeugmutter-schiffen und schweren Kreuzern, sowie ein Übergewicht der italienisch-deutschen Flotte in leichten Kreuzern, Unterseebooten und Torpedojägern.

Französische Kriegsschiffe in Gibraltar.

Paris, 17. April. (DNB) Die beiden französischen Kreuzer „Lorraine“ und „Bretagne“, sowie die beiden Zerstörer „Fantasque“ und „Terrible“ sind am Sonntag vormittag in Gibraltar eingetroffen und haben an der Südmole Anker geworfen, da sie infolge der Sperren nicht in den Hafen einlaufen konnten.

Britische Truppenverstärkungen in Ägypten.

Kairo, 17. April. (Eigene Meldung.) Wie das „Journal d'Egypte“ meldet, wurden auf Anordnung des englischen Kriegsministeriums drei Brigaden aus Indien nach Ägypten verschifft, wo außerdem weitere englische Verstärkung — man spricht von 50 000 Mann — erwartet würden. Das Blatt spricht im übrigen von einer „sozialen Verschmelzung“ der ägyptischen und englischen Truppen. Jeder Einheit seien zwei befehlis-ausübende Offiziere beigegeben, ein Engländer und ein Ägypter.

Wettervorhersage:

Unbeständig.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet meist stark bewölktes Wetter mit zeitweiligen Regenschauern und bei kühlen Temperaturen an.

Wasserstand der Weichsel vom 17. April 1939.

Arauw — 2,69 (— 2,37), Zamość + 1,60 (+ 1,68), Warschau + 1,40 (+ 1,65), Błoc + 1,36 (+ 1,62), Thorn + 1,84 (+ 2,12), Jordan + 1,95 (+ 2,17), Culm + 1,80 (+ 2,08), Graudenz + 2,48 (+ 2,32), Kurzbrat + 2,25 (+ 2,45), Pielzel + 1,66 (+ 1,94), Dirschau + 1,82 (+ 2,36), Einlage + 2,42 (+ 2,42), Schiewonhorst + 2,50 (+ 2,42).

(In Klammern die Meldung des Vortages).

nung der deutschen Presse im Mittelpunkt des Interesses, wenn auch betont wird, daß eine endgültige offizielle Antwort noch nicht vorliegt. Während gestern noch eine Reihe von polnischen Blättern einen offensichtlich aus London stammenden Optimismus zur Schau trugen, kommt heute allgemein zum Ausdruck, daß Roosevelt's Telegramm die schwierige Situation der letzten Wochen nicht wesentlich geändert habe. Dies stellt z. B. der regierungsfreundliche „Ezprek Poranny“ fest, der gestern sehr optimistisch von einer Entspannung der internationalen Lage sprach. Im allgemeinen ist die polnische Regierungspreffe auch heute noch mit eigenen Kommentaren zu dem amerikanischen Schritt zurückhaltend, während die Oppositionspresse wie der „Warszawski Dziennik Narodowy“ und der „Kurjer Warszawski“ in der ablehnenden deutschen Haltung bereits wieder Stoff für ihre antideutsche Agitation sehen. Unverkennbar ist das Bemühen, die Massenmächte und besonders Berlin mit der Verantwortung für ein Scheitern der sogenannten „Friedensaktion“ des Präsidenten Roosevelt zu belasten.

Daß die gesamte deutsche Presse auf die provokatorischen Vorschläge des amerikanischen Präsidenten, der sich gestern noch als Heber gegen Deutschland betätigt hat, äußerst scharf reagierte, wird heute in der polnischen Presse einseitig festgestellt. Die Blätter zittern lange Auszüge aus den deutschen Zeitungen, wobei nicht verschwiegen wird, daß Deutschland die ganze Aktion Roosevelt's als Propagandaschwindel auffaßt. Was mit dem Vorschlag Roosevelt's taktisch wirklich geplant ist, gibt heute der „Ezas“ in einem Leitartikel zu erkennen, in dem es heißt: Schwierig kann man der Aktion Roosevelt's einen Erfolg prophezeien. Man kann hingegen feststellen: wenn infolge einer Abgabe des Reiches diese Initiative nicht weiter verfolgt werden kann, so würde sie jedenfalls dies ein Ergebnis haben, daß die Verantwortlichkeit für einen eventuellen Ausbruch des Krieges festgestellt wird. Der „Kurjer Warszawski“ verließ sich gestern sogar zu der Behauptung, Roosevelt hätte den „letzten Versuch zur Rettung der Zivilisation“ gemacht. Man muß schon sagen, daß es um diese Art der Zivilisation schlecht bestellt sein muß, wenn aus einem Mann, der gestern noch ein Heßapostel war, heute aus rein taktisch propagandistischen Gründen ein Friedensengel wird.

Albaniens Krone feierlich überreicht.

Herzog von Bergamo Generalstatthalter

Aus Rom wird berichtet: Ihre höchste Befristung fand am Sonnabend vormittag die Annahme der albanischen Krone durch den italienischen König und Kaiser in einer feierlichen Zeremonie im Quirinal. König und Kaiser Viktor Emanuel III. empfing in Gegenwart des Duce und der Prinzen die Krone Skanderbegs aus den Händen der albanischen Ehrenobordnung. Der feierliche Akt, der 10 Minuten währte, war zugleich das historische Siegel und der eindrucksvolle symbolische Abschluß der Personalunion zwischen Italien und Albanien.

Die Italiener hatten am Sonntag aus diesem Anlaß geflaggt. Auf den öffentlichen Gebäuden Roms wehten die Trifoloren mit dem Wappen des Hauses von Savoyen und die schwarzen Doppeladler des Skulptorenlandes. Wie verlautet, wird ein königlicher Prinz, wahrscheinlich der Herzog von Bergamo, als Generalstatthalter von Tirana eingesetzt werden.

Die albanische Abordnung verließ am späten Sonntag Rom, nachdem sie im Kapitol vom Gouverneur der Stadt empfangen und abends als Gast des Duce im Palazzo Venezia gemielt hatte.

Zuletzt wurde der Stammis Jocus besetzt.

Tirana, 17. April. (DNB) Mit der am Sonnabend erfolgten Besetzung des Städtchens Bureli, des Stammis des Erzkönigs Jocu, im Matgebiet, kann die militärische Seite der italienischen Expedition in Albanien als endgültig abgeschlossen gelten. Angesichts der nun vollkommen durchgeführten Befriedung Albanien's haben die Flüchtlinge, die während der ersten Tage der italienischen Besetzung das Land verlassen haben, an die Militärbehörden den Antrag gestellt, in ihre Heimat zurückkehren zu können.

Außenminister Cafencu nach Berlin abgereist.

Bukarest, 17. April. (DNB) Am Sonntag mittag ist Außenminister Cafencu zu einem angekündigten Besuch nach Berlin abgereist. Er wird auf seiner Reise vom Deutschen Gesandten Dr. Fabricius begleitet sowie vom stellvertretenden Chef des Protokolls, Gesandten Georg Grubescu und seinen beiden Kabinettsdirektoren. Zur Verabschiedung hatten sich auf dem Bahnhof eingefunden Ministerpräsident Calescu, die Botschafter Polens, Jugoslawiens, der Türkei, der Spanische Gesandte usw.

Zur Berliner Reise des Außenministers Cafencu veröffentlicht das ihm nahesteheende Blatt „Timpu“ einen Leitartikel, in dem es u. a. heißt, daß Cafencu von dem Tage an, da ihm ein Posten von so großer und schwerer Verantwortung übertragen wurde, den unerschütterlichen Glauben gehabt habe, daß man zu einer Klärung der Atmosphäre zwischen Deutschland und Rumänien und zu einer politischen und freundschaftlichen Verständigung zwischen den beiden Völkern gelangen muß und kann.

Das Blatt „Universul“ äußert ähnliche Gedankengänge wie „Timpu“ und erklärt dann, der Berliner Besuch Cafencu's biete eine gute Gelegenheit, einen weiteren Beitrag zur Festigung der zwischen Rumänien und Deutschland erzielten Entspannung zu leisten.

Teleki und Csaky nach Rom abgereist.

Budapest, 17. April. (Eigene Meldung.) Ministerpräsident Graf Teleki und Außenminister Graf Csaky sind am Montag früh mit dem fahrplanmäßigen Zug zu dem bereits seit längerer Zeit angeblühten offiziellen Besuch nach Rom abgereist. In ihrer Begleitung befinden sich der Italienische Gesandte Graf Binci und mehrere leitende Beamte des Außenministeriums.

Zur Verabschiedung hatten sich auf dem Bahnhof auch der Deutsche und der Jugoslawische Gesandte in Budapest eingefunden.

Albanien, von Rom aus gesehen

(Sonderbericht)

der „Deutschen Rundschau in Polen.“

Rom, 15. April 1939.

Verschiedentlich ist behauptet worden, Mussolini hätte den am Karfreitag erfolgten Einmarsch seiner Truppen in Albanien absichtlich an diesem Tage stattfinden lassen, damit die Staatsmänner, Diplomaten und Journalisten überall in der Welt Gelegenheit hätten, sich die Sache während der Osterfeiertage ausgiebig zu beschlafen und sie nachher, wenn bereits einige Zeit vergangen wäre, die Lage ruhiger und faktblütiger beurteilen zu können. Es ist natürlich unmöglich zu sagen, ob eine solche Absicht auf italienischer Seite tatsächlich bestanden hat oder nicht. Doch sollte das in der Tat der Fall gewesen sein, so kann man feststellen, daß Italien mit seiner Wahl des Zeitpunktes ohne Zweifel in höchstem Maße erfolgreich gewesen ist. Die erzwungene

Ruhepause während der Osterfeiertage

hat zum mindesten bereits in zweifacher Hinsicht günstige Ergebnisse gezeitigt: zunächst hat die Welt, nach dem Verfliegen der ersten alarmierenden Nachrichten über „schwere Kämpfe“ in Albanien, gesehen, daß der Widerstand der „tapferen Albanier“ doch wesentlich unbedeutender gewesen war, als man zuerst behauptete; und sodann hat die anfängliche Erregung über das italienische Vorgehen in Albanien, die am ereignisreichen Karfreitag in Paris, London, Washington usw. geherrscht hatte, nach Verlauf einiger Tage bereits einer wesentlich ruhigeren und nüchterneren Beurteilung der neugeschaffenen Lage Platz gemacht.

Man beginnt allmählich — selbst in den sogenannten demokratischen Ländern — anzuerkennen, daß Italien in Anbetracht seiner langjährigen und intimen Verbundenheit mit Albanien und in Anbetracht der dort herrschenden Wirtschaft zu seinem Vorgehen voll und ganz berechtigt war. Die große Rolle, die Italien bei der Entstehung, Festigung und Entwicklung dieses Adria-Landes gespielt hat, ist allgemein bekannt. Sie hier ausführlich zu schildern, wäre überflüssig. Jedoch im Bestreben, für den italienischen Standpunkt ein möglichst volles Verständnis zu gewinnen, wollen wir an dieser Stelle lediglich an die der breiteren Öffentlichkeit vielleicht weniger bekannte Tatsache erinnern,

daß die übrigen Großmächte während all der seit dem Weltkrieg vergangenen Jahre für Albanien die denkbar weitgehendste Interesslosigkeit an den Tag gelegt hatten.

Ja, ihr Verhalten Albanien gegenüber grenzte nicht selten an ausgesprochene Mißachtung. Der Verfasser dieser Zeilen entsinnt sich noch sehr wohl einer Sitzung des Balkenbundes vom Jahre 1926, die eine Reihe albanischer Wünsche wegen finanzieller Hilfeleistungen usw. zur Erörterung hatte. Vertreter Albanien war damals Fan Noli, ein simpler und braver Mann, der aber die französische Sprache nur höchst mangelhaft beherrschte; nur wegen dieser seiner mangelhaften Sprachkenntnisse und seiner Unfähigkeit, sich auf dem internationalen Parkett mit der nötigen Geschicklichkeit zu bewegen, wurde er vom damaligen Vizepräsidenten Symans vor dem ganzen „Weltforum“ geradezu lächerlich gemacht; und aus all den finanziellen und sonstigen Hilfswünschen Albanien wurde natürlich nichts.

„Die Großmächte haben Albanien bewußt Italien ausgeliefert!“

Schrieb einige Jahre später im „Journal de Genève“ der verstorbene William Martin. Dieses Krönzeugnis des angesehenen Schweizer Journalisten ist von den Italienern seinerzeit sorgsam aufbewahrt worden. Sie haben es nun hervorgeholt. Und sie zitieren es jetzt mit gutem Recht mit der deutlichen Absicht, den Westmächten zu verstehen zu geben, daß diese mit ihrem heutigen Interesse für Albanien und dessen Schicksal reichlich spät gekommen sind.

Ein anderes Moment zur Rechtfertigung des Vorgehens der Italiener ist das viele Geld, das sie in Albanien hineingepumpt haben.

Die Italiener erinnern heute die Albanier an all die zahlreichen Anleihen, die sie ihnen im Laufe der Jahre gegeben haben; im Jahre 1925 gründete Italien mit einem Anfangskapital von 10 Millionen Goldfranken die Nationalbank von Albanien; ein Jahr später rief Italien mit einem Gründungskapital von 15 Millionen Goldfranken eine „Gesellschaft zur wirtschaftlichen Entwicklung Albanien“ ins Leben; im Jahre 1931 gewährte Italien dem albanischen Staat eine Anleihe von 50 Millionen Goldfranken. Summa summarum hat Italien in den Albanischen Staat — Kosten für die Organisation der Armee, den Bau der Wege, Brücken, Industrieanlagen usw. mitgerechnet — im Laufe der letzten 17 Jahre

fast eine halbe Milliarde Goldfranken investiert.

Das wäre selbst für finanziell so kräftig fundierte Staaten wie England und Amerika ein sehr ansehnlicher Betrag. Für Italien ist es ebenfalls eine sehr große Summe. Keinem anderen Staat hat es je eine solche Anleihe gegeben. Und jebermann wird es daher ohne weiteres verstehen, daß Italien ein Land, dem es soviel Geld gegeben hat, nun nicht so ohne weiteres vor die Hunde gehen lassen möchte. Vor allem will Italien begreiflicherweise nicht zulassen, daß all seine Investitionen möglichst in die Hände „anderer Interessenten“ gelangen. König Zogu von Albanien hat, wie es sich jetzt herausstellt, in letzter Zeit mit solchen Möglichkeiten in verdächtiger Weise gespielt. Und deswegen, ebenso wie deshalb, weil er die italienischen Millionen zu einem unzulässig großen Teile für seine eigenen Bedürfnisse und Liebhabereien ausgegeben hat, war der Mißmut der Italiener über ihn begreiflicherweise besonders groß.

Aber Albanien ist für Italien wirtschaftlich nicht nur deshalb wichtig, weil es ihm Geld geliehen hat, sondern noch darum,

weil es in Albanien bekanntlich bedeutende Ölfelder gibt

und diese die für Italien nächstgelegenen und wichtigsten Petroleumvorkommen darstellen. Das albanische Petroleum ist allerdings nicht von besonders hoher Qualität, und die albanischen Ölfelder sind vorläufig noch nicht genügend ausgebaut. Sie liefern heute Italien nur etwas über 200 000 Tonnen Rohpetroleum jährlich. Aber dieser Betrag kann gesteigert werden. Und ein Sachverständiger in

Personalunion Italien-Albanien völkerrechtlich verantwort!

Die von der albanischen Nationalversammlung erbetene Personalunion zwischen Italien und Albanien ist am Sonnabend durch die einstimmige Annahme des entsprechenden Gesetzentwurfes durch die faschistische und korporative Kammer und den italienischen Senat völkerrechtlich endgültig verankert worden. In der Kammer, die um 17,05 Uhr zusammentrat, hatten Außenminister Graf Ciano in einer fast einstündigen Rede die Bedeutung dieses Gesetzentwurfes dargestellt. Danach beschloß das Haus einstimmig durch Zuzug die Annahme der albanischen Krone durch König und Kaiser Victor Emanuel III. in Personalunion. Der historischen Sitzung wohnte neben dem Duce und allen Mitgliedern der italienischen Regierung auch die aus 40 Mitgliedern bestehende Abordnung aus Albanien bei, die von dem albanischen Ministerpräsidenten Verlaci selbst geführt wurde. Auch Generalfeldmarschall Hermann Göring nahm als Gast an der Sitzung der Kammer teil. Die

Rede des Außenministers Graf Ciano

betonte zunächst, daß die jüngsten Einkreisungsverträge der Demokratien an der stählernen Festigkeit der Achse Rom-Berlin gescheitert seien. Die Rede enthielt in ihrem ersten Teil eine geschichtliche Darstellung der italienisch-albanischen Wechselbeziehungen, einen Überblick über das in der Nachkriegszeit zustande gekommene System der albanisch-italienischen Verträge und über Italiens vielfältige Aufbauarbeit in Albanien, in ihrem zweiten Teil eine ins einzelne gehende Darstellung der politischen Ursachen des italienischen Eingreifens gegen Ahmed Zogu, sowie eine kurze Antwort an den britischen Ministerpräsidenten Chamberlain. Der italienische Außenminister unterstrich am Ende seiner Ausführungen den

Wert der nationalistischen Haltung Deutschlands, Ungarns, Nationalspaniens, Japans und Jugoslawiens während der albanischen Aktion.

Er betonte, daß die Achse Rom-Berlin das Grundelement der italienischen Außenpolitik bleiben werde. Er kündigte an, daß er in den nächsten Tagen eine

Zusammenkunft mit dem Außenminister Jugoslawiens in Venedig

diesem Fach versicherte uns kürzlich, daß die albanischen Petroleumquellen — bei intensiverem Ausbau und, falls sie alle ausschließlich Italien gehören sollten — im Notfall

den gesamten Bedarf der militärischen Streitkräfte Italiens decken könnten.

Von besonderer Wichtigkeit ist daher die letztgenannte Voraussetzung, nämlich die, daß Italien das ausschließliche Verfügungsrecht über die albanischen Petroleumvorkommen unbedingt in seine Hände bekommt. Zur Zeit gehören die albanischen Petroleumquellen außer der italienischen Gesellschaft „Azienda Italiana Petroli Albana“ (I.Z.P.A.), zum Teil auch noch der englischen „Anglo Persian Oil Co.“, der amerikanischen „Standard Oil Co. of New Jersey“ und dem französischen „Syndicat Franco-Albanais“. Die Anwesenheit dieser nicht-italienischen Petroleumgesellschaften ist Italien, obgleich sie nur einen geringen Teil der albanischen Petroleumquellen besitzen, begreiflicherweise höchst unerwünscht. In Kriegszeiten würde man diesen Besitz einfach konfiszieren. Doch auch schon in jenem halben Kriegszustand, in welchem die Welt sich heute befindet, wäre es Italien erwünscht, der Tätigkeit dieser fremden Gesellschaften baldmöglichst ein Ende zu bereiten und den ganzen Ertrag des albanischen Petroleums lediglich für seine eigenen Bedürfnisse sicherzustellen. Es ist seit jeher der verständliche Wunsch Italiens, sich möglichst ganz von der Notwendigkeit, sein Petroleum aus dem Ausland zu beziehen, zu befreien. Und durch eine Beschlagnahme und einen intensiveren Ausbau der albanischen Petroleumquellen hofft es eines Tages dieses Ziel, wenigstens zu einem guten Teil, verwirklicht zu sehen.

George Popoff.

Blaskowik nimmt Abschied von Prag.

Aus Prag wird gemeldet:

Anapp vier Wochen nach dem musterghültigen Einmarsch der deutschen Truppen in die alten Reichsländer Böhmen und Mähren nahm am Sonnabend der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe 3, General der Infanterie Blaskowik, Abschied von Prag.

Im Salsburger Saal auf der Prager Burg hatten sich am Sonnabend mittig die Vertreter der Regierung, an der Spitze Ministerpräsident Beran, sowie als Vertreter der Stadt Prag Oberbürgermeister Dr. Klapka und sein Stellvertreter Professor Pfkner eingefunden. General der Infanterie Blaskowik, in dessen Begleitung sich u. a. der Chef des Generalstabes der Heeresgruppe 3, Generalmajor Felber, befand, brachte in seinen Abschiedsworten zum Ausdruck, daß seine bei seinem Antritt vor vier Wochen ausgesprochene Bitte um vertrauensvolle tatkräftige Mitwirkung an den bevorstehenden Aufgaben auf ein Verständnis gestossen sei, das es erlaube,

den Zustand der militärischen Vollzugsgewalt bald zu beendigen und den nunmehr geltenden Rechtszustand in Kraft treten zu lassen.

Der Oberbefehlshaber dankte den Vertretern der Regierung und der Stadt Prag und bat, diesen Dank auch gleichzeitig den nachgeordneten Dienststellen zum Ausdruck zu bringen. Besonders anerkennende Worte fand der General für die Bevölkerung Prags, die den Anforderungen und Belastungen der Übergangszeit voll gerecht geworden sei.

Im Namen der Vertreter der Regierung und der Stadt dankte dann Ministerpräsident Beran dem Oberbefehlshaber, seinen Mitarbeitern sowie der Zivilverwaltung und brachte seine Anerkennung darüber zum Ausdruck, daß der General durch seine Tätigkeit in starkem Maße zur

haben werde und daß es die feste Absicht Italiens sei, an der Wiederherstellung des internationalen Vertrauens in Europa mitzuarbeiten.

Die zur Anbetung der albanischen Krone nach Rom gekommene albanische Abordnung wurde am Sonnabend vormittag auf dem Hauptbahnhof von Außenminister Graf Ciano, Parteisekretär Minister Starace und zahlreichen anderen führenden Persönlichkeiten empfangen. Eine große Volksmenge begrüßte die Abordnung mit lebhaften Sympathieausdrücken.

Im Laufe des Vormittags hat sich die albanische Delegation im Quirinal eingeschrieben und sodann an den Königsgräbern im Pantheon, am Grab des Unbekannten Soldaten sowie am Ehrenmal der gefallenen Faschisten Lorbeerkränze niedergelegt. Anschließend wurde die albanische Abordnung von Parteisekretär Minister Starace empfangen.

Danach begab sich die Abordnung in den Palazzo Venezia, wo Graf Ciano dem Duce die Mitglieder der Delegation vorstellte. Nachdem Ministerpräsident Verlaci in seiner Ansprache dem Duce den Dank dafür ausgesprochen hatte, daß er dem „Vater“ der verfassunggebenden albanischen Nationalversammlung zugestimmt hat, die „für immer das Schicksal der unabhängigen albanischen Nation mit dem der großen und edlen italienischen Nation vereinigt“ hat,

nahm Mussolini selbst das Wort.

Er betonte, daß er seit vielen Jahren das Leben des albanischen Volkes verfolgte und immer versucht habe, seinen Bedürfnissen entgegenzukommen.

„Eure Anwesenheit“, so führte der Duce aus, „stellt den Beginn einer neuen Ära für euer Volk dar, das gleichgestellt in die imperiale Gemeinschaft Rom eintritt. Die Fahne Standerbegs, die morgen in ganz Italien neben der Tricolore wehen wird, zeigt euch, welche Gefühle das italienische Volk gegenüber Albanien hat. Ich verspreche euch, daß das faschistische Italien dem neuen Albanien Gerechtigkeit, Ordnung und Wohlstand geben wird, und ihr wißt, daß, wenn ich etwas verspreche, ich es auch halte.“

Die Worte des Duce wurden von der albanischen Abordnung mit stürmischem Beifall aufgenommen.

Annäherung zwischen der deutschen Wehrmacht und der Bevölkerung

beigetragen hat.

Darauf begab sich General der Infanterie Blaskowik zum Staatspräsidenten Dr. Sacha, um diesem seinen Abschiedsbefehl zu machen.

Gegen Mittag besuchte General Blaskowik das Denkmal eines der größten und bekanntesten preussischen Generale, des Feldmarschalls Schwerin, das sich unweit des Dorfes Sterbohol an der Korimer Straße erhebt. Hier starb am 6. Mai 1787 Generalfeldmarschall Schwerin den Heldentod. Im Rahmen einer schlichten soldatischen Ehrung legte der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe 3 zu Füßen des Denkmals einen großen Kranz nieder.

Der Reichsprotector übernimmt die Amtsgeschäfte.

Am Sonnabend mittig traf der Reichsprotector Freiherr von Neurath mit seiner Gattin in Prag ein. Auf dem Bahnhof hatten sich u. a. Staatssekretär Frank, Generalleutnant Friderici und Stabartenführer Demelhuber eingefunden. Der Reichsprotector hat vorläufig im Hotel Ucron Wohnung genommen.

Am Sonntag um 9 Uhr erfolgte im Anschluß an die Einholung der Reichskriegsflagge und die Hisung der Reichsdienstflagge auf der Prager Burg die Übergabe des Wachdienstes von dem auf der Burg stationierten Infanterie-Bataillon an das Wachregiment des Reichsprotectors, die SS-Standard „Germania“.

„Wohlstand in Osteuropa nur durch Zusammenarbeit mit Deutschland.“

Unter dieser Überschrift bringt die in Presov erscheinende Zeitung „Slovenska Sloboda“ eine Betrachtung über die wirtschaftlichen Möglichkeiten der kleinen Völker.

Es heißt u. a.: „Das vergrößerte Gebiet Deutschlands und der 100-Millionen-Einwohneraum, den das Deutsche Reich wirtschaftlich organisieren will, könnte mit einem Schlag den Wohlstand und die Stärke des deutschen Volkes verbürgen, gleichzeitig würde dies aber auch eine wirtschaftliche Hilfe für die osteuropäischen Völker bedeuten, deren natürliche Reichstümer endlich in Umlauf kämen, sich verzinsen und den Wohlstand in den Gebieten mehren würden, in denen durch die deutsche Hilfe das Wirtschaftsleben intensiviert worden ist.“

Das Durchbringen des deutschen Geistes in Europa und in den anderen Teilen der Welt ist nicht von politischer Art. Wenn die kleinen Völker die Intentionen des Deutschen Reiches begreifen, werden sie mit Deutschland freundschaftlich zusammenarbeiten und gedeihen können. Eine Katastrophe ereilt bloß die, die sich gegen die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands stellen und sich bemühen, dessen Aufschwung zu untergraben, wie dies seinerzeit die Tschechen getan haben.“

Czernin-Palais — Sitz Neuraths.

Wie der Prager Zeitungsdiener mitteilt, ist für das Amt des Reichsprotectors das Czernin-Palais, in dem sich das ehemalige tschechoslowakische Außenministerium befand, zur Verfügung gestellt worden. Das Czernin-Palais ist einer der größten Adelspaläste in Prag. Der Bauplan wurde von dem gegen Ende des 17. Jahrhunderts in Prag lebenden Italiener Francesco Carratti ausgearbeitet, in den Jahren 1929 bis 1934 wurden an dem Gebäude umfangreiche Erneuerungsarbeiten vorgenommen.

